

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Eine konkrete Maßnahme im Rahmen der Bündnis-Arbeit ist aktuell nicht geplant, die Verwaltung befindet sich aber im Austausch mit anderen Städten dazu.

Die Verwaltung teilt die Einschätzung, dass außenpolitischer Handlungsbedarf besteht, der zunächst nicht in kommunaler Kompetenz liegt. Aktuell sei daher daran erinnert, dass das im Rahmen der „Sicheren Häfen“ erteilte Mandat für die Stadt bislang Geflüchtete umfasst, die akut aus Seenot gerettet wurden oder nach Anlandung in einem Lager an der europäischen Außengrenze festsitzen.

Das Städtebündnis „Sichere Häfen“ versteht sich als Wertegemeinschaft. Das Bündnis soll jedoch ausdrücklich keine rein symbolische „Sammelstelle“ zu Flüchtlingsfragen werden, sondern muss zunächst daran arbeiten, die originären Aufgaben zu lösen.

Da jedoch eine große inhaltliche Schnittmenge der Bündnisziele zu aktuellen Situationen (Belarusland, zuletzt auch afghanische Zivilkräfte) besteht, hat sich Bielefeld bereits an das Bündnis gewandt, um die Frage der Ausrichtung zu solchen Themen grundsätzlich zu erörtern. Dies wird absehbar frühestens beim kommenden geplanten Bundestreffen Februar/März 2022 ergebnisorientiert diskutiert werden können.